

Inhaltsübersicht

Einleitung:	Zweck der Untersuchung	S. 1
Erster Teil:	Vergleich der haftungsrechtlichen Situation bei den verschiedenen Organisationsformen öffentlicher Unternehmen	S. 3
Zweiter Teil:	Die Bindung der Verwaltung in Privatrechtsform	S. 52
Dritter Teil:	Vereinbarkeit der bestehenden Haftungssituation mit Art. 3 I GG	S. 117
Vierter Teil:	Konsequenzen aus der Verfassungswidrigkeit des bestehenden Haftungsrechts	S. 146
Fünfter Teil:	Sonderproblem: Verfassungsrechtliche Vereinbarkeit von Gesellschaften mit beschränktem Haftungskapital mit Art. 34 GG und Art. 3 I GG	S. 154
Zusammenfassung:	Was bleibt von der Formenwahlfreiheit ?	S. 163
Literaturverzeichnis:		S. 166
Sachverzeichnis:		S. 178

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Bedeutung, Sinn und Zweck der Untersuchung	S. 1
---	------

Erster Teil:

Vergleich der haftungsrechtlichen Situation bei den verschiedenen Organisationsformen öffentlicher Unternehmen	S. 3
---	------

A. Definition des Begriffs "öffentliche Unternehmen"	S. 3
B. Erscheinungs- und Organisationsformen öffentlicher Unternehmen	S. 7
C. Die Haftungssituation nach dem aktuellen Meinungsstand	S. 10
I. Entscheidendes Kriterium für die Anwendbarkeit von Staatshaftungsrecht	S. 10
1. Die zu untersuchenden Institute	S. 11
2. Einzelne Institute	S. 12
a). Amtshaftung	S. 12
b). Aufopferung / Der aufopferungsgleiche Eingriff	S. 13
c). Der enteignungsgleiche / enteignende Eingriff	S. 14
d). Der öffentlichrechtliche Folgenbeseitigungs- und Unterlassungsanspruch	S. 15
e). Ansprüche aus öffentlichrechtlichem Nachbarrecht	S. 16
f). Sekundäransprüche aus öffentlichrechtlichem Vertrag	S. 17
g). Ansprüche aus verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen	S. 17
h). Die öffentlichrechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag	S. 18
i). Der öffentlichrechtliche Erstattungsanspruch	S. 18
3. Ergebnis	S. 19
II. Formen und Möglichkeiten der Einflußnahme bei öffentlichen Unternehmen	S. 21
1. Die Einflußnahme bei öffentlichrechtlich organisierten Unternehmen	S. 21

2. Die Einflußnahme bei privatrechtlich organisierten Unternehmen	S. 21
a) Die Einflußnahme bei der AG	S. 21
b) Die Einflußnahme bei der GmbH	S. 25
3. Zusammenfassung	S. 26
III. Untersuchung der Haftungssituation anhand eines fiktiven Schadensfalls	S. 26
1. Die Haftungssituation im Falle eines öffentlichrechtlich organisierten öffentlichen Unternehmens.	S. 27
a) Der schadensauslösende Umstand wird im Unternehmen selbst gesetzt	S. 27
b) Der schadensauslösende Umstand wird im Rahmen der Einflußnahme auf das Unternehmen gesetzt.	S. 32
2. Die Haftungssituation im Falle eines privatrechtlich organisierten öffentlichen Unternehmens	S. 34
a) Der schadensauslösende Umstand wird im Unternehmen selbst gesetzt	S. 34
b) Der schadensauslösende Umstand wird im Rahmen der Einflußnahme auf das Unternehmen gesetzt	S. 38
c) Der schadensauslösende Umstand wird in einem fehlerhaft errichteten privatrechtlich organisierten öffentlichen Unternehmen gesetzt	S. 43
3. Die Haftungssituation im Falle eines gemischtwirtschaftlichen öffentlichen Unternehmens	S. 44
4. Ergebnis: Die Gesamthaftungssituation	S. 46
D. "Flucht ins Privatrecht" ? - Die Notwendigkeit eines differenzierteren Ansatzes	S. 49

Zweiter Teil:

Die Bindung der Verwaltung in Privatrechtsform	S. 52
A. Maximale Bindung der Verwaltung in Privatrechtsform	S. 52
B. Bindung an Grundrechte	S. 54
I. Die Lehre von der unmittelbaren Drittwirkung der Grundrechte	S. 55
II. Die Lehre vom Vorrang des Privatrechts	S. 56

1. Der "Fiskus"	S. 56
2. Fehlende Grundrechtsberechtigung des Staates als Korrespondenzkriterium	S. 56
3. Literaturstimmen zur Lehre vom Vorrang des Privatrechts	S. 57
III. Die Zweistufentheorie	S. 58
IV. Die Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	S. 59
1. Die Justitiabilität, Praktikabilität, Rechtssicherheit der Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	S. 60
2. Die Verfassungsmäßigkeit der Lehre vom Verwaltungsprivatrecht	S. 63
a) Grammatikalische Auslegung	S. 63
b) Systematische Auslegung	S. 64
c) Historische Auslegung	S. 64
d) Objektiv teleologische Auslegung	S. 65
e) Rechtspolitische Auslegung	S. 66
f) Auslegungsergebnis	S. 67
V. Konsequenz	S. 68
C. Bindung an Rechtsstaatsprinzip und öffentliches Haftungsrecht	S. 69
I. Die Bindung an das Rechtsstaatsprinzip	S. 69
II. Die Bindung an das öffentliche Haftungsrecht	S. 70
1. Die Bindung an Art. 34 GG	S. 71
2. Die Bindung an Art. 34 GG nach einer Reform des Staatshaftungsrechts	S. 79
3. Die Bindung an einen verfassungsrechtlich normierten oder garantierten Aufopferungsanspruch	S. 80
a) Die Meinungsvielfalt in der Literatur	S. 80
b) Die historische Entwicklung der Aufopferung	S. 82
c) Die Aufopferung als Bestandteil von Art. 3 I GG ?	S. 84
d) Die Aufopferung als Konsequenz aus dem <i>status</i> <i>negativus</i> der Grundrechte ?	S. 93
e) Die Aufopferung als Teil des Rechtsstaatsprinzips ?	S. 96
f.) Die Aufopferung als Verfassungsgewohnheitsrecht	S. 99
g.) Zusammenfassung	S. 99
4. Die Aufopferung als Verfassungsrechtsnorm nach der Reform des Staatshaftungsrechts?	S. 100
5. Der Folgenentschädigungsanspruch als Verfassungsrechtsnorm ?	S. 100

6. Der Folgenentschädigungsanspruch als Verfassungsrechtsnorm nach einer Reform des Staatshaftungsrechtes ?	S. 101
7. Zusammenfassung	S. 101
D. Besonderheiten bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	S. 102
I. Das Verhältnis von Grundrechtsberechtigung zu Grundrechtsbindung	S. 102
II. Die Grundrechtsberechtigung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen	S. 104
1. Die Ansicht der Rechtsprechung	S. 104
2. Kritik an der Rechtsprechung	S. 105
3. Lösungsvorschläge der Literatur	S. 106
4. Eigene Ansicht	S. 108
5. Die "Probe" / Die grundrechtliche Stellung der privaten Anteilseigner in gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	S. 109
6. Zusammenfassung	S. 112
III. Die Grundrechtsverpflichtetheit gemischtwirtschaftlicher Unternehmen	S. 113
E. Zusammenfassung des zweiten Teils	S. 115

Dritter Teil:

Vereinbarkeit der bestehenden Haftungssituation mit Art. 3 I GG ..S. 117

A. Ungleichbehandlung durch wen ?	S. 117
B. Die Anknüpfungspunkte zur Feststellung der Ungleichbehandlung	S. 120
C. Das Regelungsziel	S. 122
I. Regelungsziel des bestehenden Aufopferungsrechts (im weiteren Sinne)	S. 124
II. Regelungsziel des Folgenentschädigungsanspruchs	S. 128
III. Regelungsziele nach einer Reform des Staatshaftungsrechts	S. 128
IV. Fazit	S. 128
D. Die Differenzierungsziele, Verhältnis der Differenzierungsziele zum Regelungsziel und Folgerichtigkeit der Differenzierungsziele	S. 129
I. Die Mehrkosten	S. 130
II. Die Tradition	S. 131
III. Die Rechtssicherheit / Vergleichbarkeit privatrechtlicher Schädigungen durch die öffentliche Hand mit der Schädigung durch Private	S. 131

IV. Die Ausübung von Macht und Gewalt, das Handeln im	
Über/Unterordnungsverhältnis	S. 133
1. Sachgerechtigkeit dieses Kriteriums	S. 133
2. Folgerichtigkeit des Kriteriums	S. 137
E. Die Ungleichbehandlung im Lichte der Funktionenordnung - Willkürverbot	
als Kontrollschranke ?	S. 138
I. Vorbemerkungen zur Frage der Grenzziehung richterlicher Kontrolle.....	S. 138
II. Vereinbarkeit der bestehenden haftungsrechtlichen Ungleich-	
behandlung mit Art. 3 I GG aus funktionenrechtlicher Sicht	S. 141
1. Übertragbarkeit der Idee vom gesetzgeberischen Spielraum auf den	
Ersatzgesetzgeber	S. 142
2. Lösung nach der traditionellen Willkürformel	S. 143
3. Die Lösung nach der Ansicht des Bundesverfassungsgerichts	S. 143
4. Die Lösung nach der neuen "Hesse - Formel"	S. 144
F. Zusammenfassung des dritten Teils	S. 145

Vierter Teil:

Konsequenzen aus der Verfassungswidrigkeit des	
bestehenden Haftungsrechts	S. 146
A. Möglichkeiten, die Ungleichbehandlung zu beseitigen	S. 146
B. Vorschläge zur konkreten Realisierung im bestehenden Haftungssystem.....	S. 147
I. Die Anspruchsgrundlage	S. 147
II. Der Anspruchsverpflichtete	S. 148
III. Anspruchskonkurrenzen	S. 150
IV. Realisierung der Haftung bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmen.....	S. 150
C. Konkrete Änderungsvorschläge bei der Formulierung des StHG von 1981	S. 152

Fünfter Teil:

Sonderproblem:**Verfassungsrechtliche Vereinbarkeit****von Gesellschaften mit beschränktem Haftungskapital mit****Art. 34 GG und Art. 3 I GG S. 154****A. Der Ansatz Naendrup S. 154****B. Art. 3 I GG als Ansatz S. 156****I. Möglichkeiten zur Haftungsbeschränkung im öffentlichen Recht S. 156****II. Überschießendes Moment bei der zivilrechtlichen Beschränkung auf das
Gesellschaftskapital S. 158****III. Vereinbarkeit dieser Ungleichbehandlung mit Art. 3 I GG S. 158****IV. Realisierung der Liquiditätsgarantien S. 160****Zusammenfassung: Was bleibt von der Formenwahlfreiheit ? S. 163****Literaturverzeichnis S. 166****Sachverzeichnis S. 178****Abkürzungsverzeichnis**

Die Aufschlüsselung der Kurztitel in den Fußnoten findet sich im Literaturverzeichnis am Ende der Arbeit. Die übrigen Abkürzungen können *Kirchmer*, Hildebert
Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 4. Aufl., Berlin, New York 1993, entnommen
werden.